



Das bisschen Haushalt

Früher, als alles besser war, erbrachte „der Staat“ direkt mit „eigenem“ Personal alle möglichen Leistungen, vor allem im Sozial- und Jugendbereich. Nach und nach stahl er sich aus der Verantwortung und übertrug die Aufgaben an freie Träger. Im Laufe der Jahre hat sich eine große Trägerlandschaft in Berlin entwickelt, die sich um alles kümmert, wozu „der Staat“ selbst keine Lust mehr hat. Es ist doch auch viel schöner, nur noch das Geld verteilen zu müssen und die Arbeit anderen zu überlassen.

Die Überheblichkeit, mit der „der Staat“ freien Trägern oft gegenübertritt, ist unangemessen und teilweise auch übergriffig. Freie Träger, die letztlich gesellschaftliche Aufgaben erfüllen, kommen sich häufig wie Bittsteller vor.

„Das Partnerschaftsprinzip zwischen öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht nur eine wünschenswerte Norm, es kennzeichnet in besonderer Weise die demokratische Verfasstheit des Achten Sozialgesetzbuches infolge der deutschen Geschichte. Das Gesetz stellt es deshalb nicht in das Belieben der staatlichen Akteure, sondern verpflichtet sie dazu. Staatliche Institutionen agieren kooperativ mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Trägern, um jugend- und sozialarbeiterische Aufgaben wahrzunehmen.“ Fachverband Jugendarbeit Brandenburg

Wer jemals in einem Antragsverfahren steckte, um beispielsweise Projekte für Kinder und Jugendliche durchführen zu können, weiß, wovon hier geschrieben wird. Besonders gern spielt „der Staat“ das Spiel der Anschubfinanzierung oder das der Sondermaßnahmen. Da wird beispielsweise für eine Wochenendöffnung von Jugendfreizeiteinrichtungen ein Betrag für eine befristete Zeit zur Verfügung gestellt. Folglich werden Honorarkräfte angeheuert, die auch am Wochenende dafür sorgen sollen, dass die Kids nicht auf den U-Bahnhöfen herumhängen.

Und dann kommt die Stunde der Wahrheit. Das Ende des Programms und der freundliche Hinweis, dass man nun, bleiben wir beim Beispiel Wochenendöffnung, diese aus dem ohnehin kargen regulären Budget finanzieren soll.

Als **Kai Wegner** mit seiner Schwarz-Roten Koalition startete, hatte ich eine gewisse Sympathie für diese Neuauflage der so genannten „Großen Koalition“, vor allem, weil dieser Grüne und Linke nicht mehr angehörten. Diese verhaltene Euphorie schmilzt von Tag zu Tag wie ein Eis in der Herbstsonne dahin. Was

stellt diese Koalition bloß mit dem Haushalt an? Sie kriegen es nicht hin und verfallen in das altbekannte Notbremsenmuster mit dem Titel „**Haushaltssperre**.“

Nun ist es wieder mal so weit. „Der Koalitionsausschuss von CDU und SPD hat am Sonntagabend erste Beschlüsse gefasst, um das Haushaltsloch von drei Milliarden Euro für 2025 zu schließen. So hat die Runde um den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU) und die beiden Fraktionsvorsitzenden **Dirk Stettner** (CDU) und **Raed Saleh** (SPD) sowie die Senatsmitglieder **Stefan Evers** (CDU, Finanzen), **Cansel Kiziltepe** (SPD, Soziales) und **Franziska Giffey** (SPD, Wirtschaft) den Verwaltungen verboten, jetzt schon Geld für 2025 fest zuzusagen.“, meldet die **Berliner Morgenpost** am 30. September. Interessant, dass die für den Bereich Jugend und Familie zuständige Senatorin **Katharina Günther-Wünsch** (CDU) nicht mit am Tisch saß. Gerade aus ihrem Bereich werden sehr viele Projekte betroffen sein.

„Behörden dürfen vorerst keine Förderbescheide etwa an freie Projektträger für das kommende Jahr ausstellen oder Verträge abschließen, die mit Kosten für das Land verbunden sind.“ Alle Projekte sind mit Kosten verbunden. Das heißt für viele Projektträger, dass sie ihren Honorarkräften für 2025 keine Zusage auf Weiterbeschäftigung machen dürfen. Dass diese Menschen von dem Geld leben, scheint für den Senat nebensächlich zu sein.

Aber nicht nur das: „Für die Jahre 2025 bis 2027 stehen nach der Koalitionsrunde zudem eine Reihe von finanzpolitischen **Nullrunden** im Raum. Das heißt, das bisher vorgesehene Wachstum der Ausgaben wird es nicht geben, alle müssen mit den gleichen Summen wie 2024 auskommen. Real bedeutet dies angesichts steigender Kosten und Inflation jedoch eine Kürzung.“

Die Sache wird aber noch schlimmer, entnehmen wir der **Berliner Morgenpost**: „Die Koalitionäre haben sich weiterhin geeinigt, mit den Kürzungsbeschlüssen für 2025 auch Vorgaben über das Absenken von Standards zu machen, um langfristig Geld zu sparen. Dabei geht es etwa um **weniger großzügige Sozialleistungen**, **weniger luxuriöse Beschaffungen etwa von Schienenfahrzeugen** oder **weniger Räume in neu zu bauenden Schulen**.“ Bei Thema Standards fragt man sich, welche Standards? Weniger Räume in Schulen bauen zu wollen, ist angesichts des steigenden Bedarfs eine wirklich innovative Idee. Aber, Frau Günther-Wünsch durfte an der Besprechung ja nicht teilnehmen.



André Schulze, der haushaltspolitische Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, sagt dazu: „Auch beim gestrigen Koalitionsausschuss haben sich CDU und SPD erneut darauf ausgerichtet, das eigene Haushaltschaos ein weiteres Mal zu vertagen. Statt endlich die notwendigen Entscheidungen zu treffen und Klarheit über die Ausfinanzierung des Haushalts zu schaffen, wird von Senator Evers eine Haushaltssperre für den gesamten Haushalt für das Jahr 2025 verhängt und damit erneut eine riesige Unsicherheit über die Stadt gebracht.“

Wie bereits in der ersten Jahreshälfte sind **freie Träger**, Bezirks- und Senatsverwaltungen und die Berliner*innen mit der Planungs- und Verantwortungslosigkeit der Koalition konfrontiert. **Projektzusagen erfolgen nicht, Mitarbeitende wissen nicht, ob sie am Jahresbeginn noch einen Job haben**, und Planungen von Baumaßnahmen müssen ausgesetzt werden – mit weiteren Folgekosten für das Land Berlin. Dabei droht diese kurzfristige Politik insbesondere in der **sozialen Infrastruktur bleibende Schäden zu hinterlassen**.

Seit über einem Jahr fehlt es der Koalition an der politischen Entscheidungs- und Gestaltungskraft, um eine tragfähige Strategie für ihre Haushaltspolitik zu entwickeln. Stattdessen vergrößert sich das Haushaltschaos unter Federführung von Senator Evers immer weiter – mit der Haushaltssperre für 2025 als vorläufigem Höhepunkt. Bisher hatte Evers eine Haushaltssperre immer als Ultima Ratio bezeichnet, nun scheint die Disziplin im Senat nicht mehr anders herstellbar zu sein.

Es ist eine Bankrotterklärung dieser Koalition, dass sie nun erneut die ganze Stadt in finanzpolitische Geiselschaft nimmt, weil sie selbst nicht handlungsfähig ist und in der Sommerpause ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Statt einer Fortführung der schwarz-roten Hinterzimmerpolitik braucht es endlich eine öffentliche Debatte über die Ausgestaltung der Sparmaßnahmen und ihre Folgen für die Stadt. Daher fordern wir den Senat auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt ins parlamentarische Verfahren zu bringen und sich der Debatte im Abgeordnetenhaus zu stellen.“

Wir haben ja erlebt, wie das im Abgeordnetenhaus läuft. Wenn eine kritische Debatte gefordert wird, setzt man lieber ein Thema wie „100 Jahr IFA“ auf die Tagesordnung und suhlt sich in Erfolgen, die nicht die eigenen sind. Sollte also demnächst eine Aktuelle Stunde zur Haushaltssperre beantragt

werden, wird der Senat vermutlich lieber über die „**Stadttrendite**“ der Fußball Europameisterschaft sprechen wollen. „In diese Berechnung fließen beispielsweise Einnahmen von Hotels, Restaurants und dem Handel, aber auch gemessene Image- und Werbewerte und Investitionen in die städtische Infrastruktur ein.“ Davon können sich die freien Träger, die nicht wissen, ob sie 2025 weitermachen können, und vor allem deren Mitarbeitende nichts kaufen.

Viele freie Träger sind es gewohnt, die ersten Monate im Jahr vorfinanzieren zu müssen, beispielsweise bei der Zahlung der Raummieten, denn die Leistungsverträge und Zuwendungsbescheide tragen nicht das Datum 2. Januar, sondern eines, wenn schon der Frühling naht.

Wenn ein freier Träger in Turbulenzen geriete, weil er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, könnte sein Projekt verschwinden. Und dann? Dann gibt's eben ein Projekt weniger. Die teilweise vorhandene Empathielosigkeit der Verwaltung gegenüber freien Trägern ist erschreckend. Dabei nehmen sie doch nur die Aufgaben an Stelle „des Staates“ wahr.

Unter der Haushaltssperre werden also vor allem die Honorarkräfte der freien Träger leiden müssen. Der Umgang mit ihnen ist ohnehin abenteuerlich. So gibt es ein Rundschreiben der Senatsfinanzverwaltung vom **11. November 2019**, worin die **Vergütung der Tätigkeit von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfohlen wird**. Die Vergütungen von freien Mitarbeitern sind selbstverständlich steuerpflichtig, wäre ja auch gelacht, wenn „der Staat“, der mit einer Hand gibt, nicht gleich mit der anderen Hand wieder nimmt.

Bei allen möglichen Feierstunden, werden stets die Ehrenamtlichen, jene mit und ohne Honorar, von Politikern ob ihres Einsatzes gelobt. Dafür können sich diese nichts kaufen. Es ist tragisch, dass, wenn es um Kürzungen geht, sich immer zuerst der Blick auf freie Träger richtet. Die Beschäftigten der Kita-Eigenbetriebe haben sicherlich gute Gründe für ihre Streiks, ob sie angemessen sind, müssen andere beurteilen. Über die beim Staat Beschäftigten wachen die Gewerkschaften. Wer kümmert sich aber eigentlich um die tausenden freien Mitarbeiter, die am Tropf des Finanzsenators hängen? Ihren Streik organisiert niemand.

Ed Koch